



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/142 - 25. Juni 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-83  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Gemeindepolitik ist Staatspolitik</u> Finanznot bedroht Freiheit der Selbstverwaltung Zur Kommunalpolitischen Bundestagung in Mülheim/Ruhr	74
3 - 4	<u>Jenseits der Zedern des Libanon</u> Deutsche Jungsozialisten arbeiten im Urlaub in Israel	69
5	<u>Schweizer Sorgen um akademischen Nachwuchs</u> Schon werden Ausländer gesucht	57
6 - 7	<u>Unbehagen über SPD-Programm</u> Unsicherheit in der CDU - KAB als Stoßtrupp ausersuchen Von Hans Vandenbergh	81

\* \* \*

\* \*

## Gemeindepolitik ist Staatspolitik

Zur Kommunalpolitischen Bundestagung in Mülheim/Ruhr

G.M. - Die deutsche und internationale Öffentlichkeit wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Demokratie in der Bundesrepublik nicht nur durch Bonn und seine Ministerien repräsentiert wird. Das Fundament des demokratischen Staates ist die Gemeinde, die Stadt, die kommunale Gemeinschaft, deren vielfältige staatsbürgerliche Äußerungen das demokratische Leben selbst widerspiegeln. Hier kann der Bürger überschauen, was geschieht, hier kann er selbst mitwirken, und er kann auch selbst kontrollieren, welche Verwendung seine Steuern finden. Täglich auf dem Wege zur Arbeit, bei der Erholung, im kulturellen Geschehen, überall sieht der Bürger seine Gemeinde. In vielen Fällen kennt er persönlich die verantwortlichen Frauen und Männer an der Spitze der Stadt. Er kann sich mit seinen Sorgen an sie wenden, und er kann auch selbst Anregungen für die Verbesserung dieser oder jener städtischen Einrichtung geben.

Seit Jahrzehnten ist die deutsche Sozialdemokratie bestrebt, führend das Geschehen in den Gemeinden zu beeinflussen. Die Bürger haben ihr dafür gedankt. Sehr viele der Gemeinden und großen Städte in der Bundesrepublik werden von sozialdemokratischen Bürgermeistern und Ortsbürgermeistern geleitet. Von Wahl zu Wahl wird die Zahl der sozialdemokratisch geführten Gemeinden größer. Und auch in Gegenden, die noch vor kurzen als Reservate der CDU/CSU galten, wird die Qualität der sozialdemokratischen Kommunalpolitik anerkannt.

Das Wissen um diese Entwicklung strahlte von der großen Kommunalpolitischen Bundestagung der Deutschen Sozialdemokratie in Mülheim/Ruhr aus, wo sich die Frauen und Männer "vom Fach" an diesem Wochenende zusammengefunden hatten. Ernste Bemühungen um die Verbesserung des Schicksals und die Erhaltung der Freiheit unserer Gemeinden waren Arbeitstagungen gewidmet. Hier kam die große Sachkenntnis sozialdemokratischer Kommunalpolitiker zum Ausdruck. Hier wurden Vorschläge entwickelt, die alle das Ziel haben, das Leben des Bürgers in unserer komplizierten Gesellschaft lebenswerter zu machen.

Schon die Themenstellung der Arbeitsgemeinschaften, wie zum Beispiel "Der Bürger und sein Rathaus", "Die ungelöste Problematik der Gemeindefinanzen", "Fürsorge und Vorsorge der Gemeinde", "Kulturelle Mittelpunkte in den Gemeinden" und schließlich das Thema "Spiel, Sport und Erholung in den Gemeinden" - ließ die Fülle der Aufgaben sozialdemokratischer Gemeindepolitik erkennen. Daß eine besondere Arbeitsgruppe die Problematik

der ländlichen Gemeindepolitik erörterte, ist nur eine Selbstverständlichkeit, denn in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist die ländliche Gemeinde mit allen ihren Lebensäußerungen viel näher an die Stadtgemeinde herangerückt als je zuvor.

Es ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer gewissenhaften Analyse des Lebens in unseren Städten und Gemeinden, daß die Arbeitsgruppen der großen Kommunalpolitischen Bundestagung in Mülheim/Ruhr Forderungen nach größerer Freiheit der Selbstverwaltung erhoben. In engster Verbindung zu diesen Forderungen steht die Kritik an der ungelösten Problematik der Gemeindefinanzen, die in ihrer Beziehung zum Staat neu geordnet werden müssen, wenn die Gemeinde tatsächlich das werden soll, was der Staat immer von ihr verlangt: das feste Fundament der Demokratie.

Alle diese Forderungen, die in besonderen Entschlüssen der Öffentlichkeit übergeben wurden, sind keineswegs Selbstzweck im Sinne des oft begrenzt gesehenen Begriffes "Kommunalpolitik". Im Gegenteil: diese Forderungen sind Staatspolitik.

Es gibt wohl keine demokratische Partei in Europa, die wie die SPD in der Lage wäre, so eindrucksvoll ihre Verwurzelung im Volk darzustellen. Die Frauen und Männer, die in Mülheim/Ruhr zusammenkamen, sind - von Ausnahmen abgesehen - der breiteren Öffentlichkeit wenig bekannt; umso mehr aber sagen ihre Namen in den Orten, in denen sie politisch wirken. Ihr ständiges Bemühen um das Wohlergehen des Mitbürgers, die vielen ehrenamtlichen Funktionen, die sie ausüben - all' das sind Leistungen für die Demokratie. Ein Blick auf die Arbeitsgemeinschaften und die Vollversammlung der Tagung zeigte aber auch, daß hier zahlreiche junge Menschen bereits als aktive Kommunalpolitiker sehr gewichtige Anregungen zu geben hatten.

Das ist auch ein Verdienst der deutschen Sozialdemokratie. Sie hat nach dem Zusammenbruch 1945 systematisch in allen Ländern junge befähigte Menschen auf das unmittelbare Eingreifen in unser gemeindliches Leben vorbereitet. Sie kommen aus allen Schichten unseres Volkes. Sie betätigen sich auf allen Interessengebieten, und sie tun dies mit der inneren Verpflichtung, der Demokratie zu dienen. Die Entschlüsse, die sie unter Führung namhafter Kommunalpolitiker in Mülheim/Ruhr gefaßt haben, werden Grundlage ihrer praktischen Arbeit in den Gemeinden sein. Die deutsche Sozialdemokratie wird in den Landesparlamenten und im Bundestag bei der gesetzgeberischen Tätigkeit diesen Beschlüssen das entscheidende politische Gewicht geben.

Jenseits der Zedern des Libanon

Der Verfasser dieser Zeilen, Heinrich Klein aus Frankfurt, weilt derzeit mit einer Gruppe von Jungsozialisten aus der Bundesrepublik in Israel. Es ist dies die zweite Gruppe, die, eingeladen von der Jugendorganisation der MAPAI, ihren Urlaub in Israel benutzt, um sich am Aufbau dieses Landes zu beteiligen.

Die Sonne scheint still zu stehen über den Bergen und Tälern des Oberen Galiläa. Den Menschen in den Kibutzim machen die 40° Hitze zu schaffen. Mit ihnen schwitzen elf deutsche Jungsozialisten, die zu einem zehntägigen Arbeitsaufenthalt im Kibutz Yiftok weilen. Es ist für die 22 Hände, die im allgemeinen nur gewohnt sind, Füllfederhalter und Kugelschreiber zu halten, nicht leicht, mit Spaten, Harken und Schippen fertig zu werden. Die Gruppe, die sich zum Ziele setzt, einen kleinen Beitrag zum Aufbau des Landes zu leisten, lernt durch die praktische Arbeit die grossen Mühen kennen, die die Israelis bei der Kultivierung des Landes zwischen Jordan und Mittelmeer auf sich nehmen. Und durch die wägige Mitarbeit vermögen sie es am besten, diese Leistung richtig einzuschätzen.

Zu Staunen gab es bei den Fahrten durch das junge Land Anlässe genug. Dank der freundlichen Unterstützung durch die MAPAI, der grössten sozialistischen Partei des Landes, konnte die grosszügige Ausbildungsstätte der MAPAI, Beth Berl, besucht werden. Die modernen Bauten in allen Teilen des Landes, die grossen Erschliessungsprojekte in der Negewwüste und der Fleiss und die Beharrlichkeit, mit denen man Pläne verwirklicht, verfehlten nicht ihren Eindruck auf die jungen Besucher aus der Land des Wirtschaftswunders. Israel hat die Probleme, die die Emigration der rund einen Million Einwanderer mit sich brachte, und die Schwierigkeiten, die sich aus dem raschen Aufbau des Landes ergeben, erstaunlich gut gelöst.

Dieser Staat verdankt sein Entstehen u.a. auch der Tatsache, dass sechs Millionen Juden in den Konzentrationslagern des "Dritten Reiches" umgebracht wurden. Die Kollektivverantwortung für die Schrecken der Vergangenheit, von der einmal der Altbundespräsident Heuss sprach, war spürbarer Bestandteil des Reisegesprächs der deutschen Jungsozialisten. Den älteren Israelis, vor allem jener, die in den Dreissiger Jahren aus Deutschland einwanderten, ist die Rolle der SPD im Kampf gegen

Hitler bekannt. Sie wissen, dass diese jungen Deutschen, die jetzt als Sozialisten zu ihnen kamen, nichts mit den Gaskammern zu tun hatten und sie nahmen sie mit einer nicht erwarteten Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft auf. Nicht so einfach ist es bei den "Sabres", den jungen im Land geborenen Generation Israels. Diese selbstbewusste Jugend, auf die der Staat Israel allen Anlass hat, stolz zu sein, vermag leider nicht immer zu unterscheiden zwischen dem Hitler-Deutschland und den demokratischen deutschen Kräften der Vergangenheit und der Gegenwart. Aber auch dort wurden die Einwände gemildert und eingeschränkt, wenn man erzählte, dass die KZ's, in denen später so viele jüdische Menschen ihr Leben lassen mussten, zunächst für die Väter der jungen Menschen gebaut wurden, die jetzt aus Deutschland als Besucher nach Israel kamen.

Gerade in einer Zeit, in der die Untaten Eichmanns untersucht werden und alltäglich die israelischen Zeitungen über diesen grossen Massenmörder berichten, war es nicht einfach, etwas von dem Berg des Misstrauens abzutragen, der zwischen Israel und Deutschland liegt.

Im Allgemeinen wurde der Sinn des Besuches der Jungsozialisten, die als erste politische Jugendgruppe Israel bereiste, richtig gedeutet. So schrieb die in Tel Aviv erscheinende "Jedio-th Chadaashoth", dass "diese deutsche Gruppe sich erstaunlich gut zuvor über Israel informiert habe" und ihr 'good will' überall spürbar sei. Auch der bekannte jüdische Schriftsteller Meir Levin, der ein zweistündiges Gespräch mit der Gruppe führte, zeigte sich von der Unterhaltung beeindruckt.

Mit dem Bewusstsein, dass das Leid der Nazi-Zeit gemeinsam von dem jüdischen Volk und der deutschen Sozialdemokratie erduldet werden musste, traten die Jungsozialisten in Israel auf. Sie sprachen als Vertreter eines freien, demokratischen Deutschlands mit der Menschen des freien und demokratischen Staates der Juden. Das fiel deswegen leichter, weil die Haltung der deutschen Jungsozialisten aus dem gleichen sozialistischen Geist kommt, aus dem man auch beim Aufbau des jungen Staates Israel schöpft.

### Schweizer Sorgen um akademischen Nachwuchs

K.v.K. - "Mit unserer Nachwuchspolitik stimmt etwas nicht", stellt der Berner "Bund" in Hinblick auf den Mangel an jungen akademischen Kräften fest und meint schliesslich, es sei fehlende "Phantasie oder Dummheit", die die Behörden hindert, grosszügig in der Förderung junger talentierter Menschen zu sein. Dieser Alarmruf einer innerhin tonangebenden Schweizer Zeitung veranlasste den Berichterstatler, den Dingen nachzugehen, die zu dem tatsächlich deutlich feststellbaren Vakuum im akademischen Nachwuchs führte.

Zunächst kann festgestellt werden, dass die Schweiz durch die Erfahrungen der sie umgebenden Staaten, in denen der akademische Beruf so überhandgenommen hat, dass in manchen Ländern die Überzahl von Akademikern ein gewisses geistiges Proletariat schuf, die Drosselung des Universitätsstudiums von unten begann. Es wurde hier schon einmal ausgeführt, in welcher Weise die Eidgenossenschaft durch eine vielleicht zu sehr gesteigerte Überforderung schon in der Volksschule ein natürliches Sieb vor den Besuch der Höheren Schule einbaute und hier wieder eine Filtrier-anlage zwischen sie und die Universität einschob. - In dem Bestreben, den auch nicht die Höheren Schule Besuchenden ein überdurchschnittliches Wissen mitzugeben und gleichzeitig die Universitäts-Türen nur denen zu öffnen, deren Begabung einen geistigen Führungsanspruch fast risikolos voraussetzt, hat die Schweiz den Korridor-Bogen zu eng gespannt.

Es ergibt sich jetzt die kuriose Situation des Widerstreites zwischen der Überforderungspolitik mit dem Bedarf ausländischer Arbeitskräfte selbst aus dem akademischen Reservoir. Die Inserate der offenen Stellen in den Zeitungen setzen zwar fast immer die schweizerische Staatsbürgerschaft als Bedingung voraus, um den arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu genügen. Ist jedoch für den Posten kein Eidgenosse mehr zu haben, so muss eben die Fremdenpolizei die Ausnahmegestattung zu Hilfe holen, die beinhaltet, dass ein Posten von einem Ausländer eingenommen werden kann, wenn ein Schweizer dafür nicht zu finden ist.

Während die Bevölkerung der Schweiz in den letzten 20 bis 25 Jahren um eine knappe Million zugenommen hat, und der Nachholbedarf an akademisch Geschulten mit jedem Jahr grösser wird, ist die Zahl der Studenten ungefähr konstant geblieben. Der Werkstudenten-Status erhält in der Schweiz eine noch grössere Bedeutung, als in irgendeinem anderen Staat. Er gehört praktisch zur Ausbildung des grösseren Teils der Kommitenten. Sie sind sogar teilweise neben ihrem Studium volltätig das ganze Jahr über noch in einem anderen Beruf tätig; sie erwerben sich ihren akademischen Grad parallel während einer anderweitigen Arbeit, die das Studium finanzieren muss. Wohl kennt die Schweiz auch Stipendien oder Zuschüsse zu einem Studium. In Vergleich zu anderen Ländern, aber gerät sie hier in eine Untertreibung. 7,7 Prozent aller Studierenden erhalten einen Zuschuss, oder ein Stipendium. Dieser Prozentsatz ist nicht als hoch anzusprechen.

Die in den letzten Jahren immer lauter tönenden Klagen über den Zahlenrückgang von Stellen-Anwärtern, von denen ein abgeschlossenes Hochschulstudium verlangt werden muss, werden die Schweiz doch veranlassen, einerseits ihr System der Schul-Filtrierung zu überdenken und andererseits in der Gewährung von finanziellen Erleichterungen oder Beihilfen zu einem Studium für weniger begüterte Jungbürger großzügiger zu verfahren. Beides muss die Schweiz tun, will sie nicht in Zukunft bei ihrem Nachholbedarf von akademischer Jugend nicht nur in's Hintertreffen geraten, sondern gleichzeitig durch eine übertriebene, starre Handhabung des geistigen Selektions-Prinzips Gefahr laufen, sich selbst überfordern zu müssen.

## Unbehagen über SPD-Programm

Von Hans Vanderbergh

Mehr als die CDU-Führung wahrhaben möchte, hat das neue Godesberger Programm der SPD in den Reihen ihrer Parteigänger, insbesondere der katholischen, erhebliche Verwirrung hervorgerufen. Sie sehen sich hilflos mit einem in langjähriger Diskussion erarbeiteten sozialdemokratischen Programm konfrontiert, das allen Staatsbürgern klar sagt, was die Sozialdemokraten tun würden, wenn die bundesdeutschen Wähler sie einmal in die Regierungsverantwortung bringen sollten. Das "Folio" an diesem Programm: Es ist auch für die katholischen Mitbürger so anziehend und annehmbar, daß die Kanzlerpartei alle ihre Hilfstruppen mobilisiert, um die für sie unangenehmen Auswirkungen dieses Programms schon im Vorfeld des nächsten Wahlkampfes abzutöten.

Als geradezu prädestiniert für diesen Feldzug wider die SPD und ihr neues Grundsatzprogramm bietet sich die "Katholische Arbeiterbewegung" (KAB) an. Sie ist derzeit das klassische Exerzierfeld, um bei den katholischen Arbeitern jeden Ansatz einer nüchternen Betrachtung ihrer gesellschaftlichen Lage unter Anwendung des neuen SPD-Programms sofort im Keim zu ersticken, obwohl der KAB-Ideologe Budde - bekannt durch sein Referat vom Kölner Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongreß - selbst feststellt:

"Wohlstand und Gerechtigkeit sind nicht dasselbe. Wohlstandsmehrung ist ein erstrebenswertes Ziel; sie allein braucht aber nicht unbedingt schon Erfüllung der strengen Erfordernisse der Gerechtigkeit zu bedeuten".

Budde sieht diese seine theoretische Formulierung sogar in der bundesdeutschen Alltagspraxis "durch eine kritische Betrachtung unseres gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Verteilungsprozesses erklärt".

Während aber der kritikmüde KAB-Fraktionär aus seinen Erkenntnissen keine praktikablen Konsequenzen abzuleiten vermag, haben die katholischen Laien in ihren "Werkstätten" schon längst die richtige Antwort gefunden und in einer kritischen Würdigung des neuen SPD-Grundsatzprogramms eindeutig erklärt:

"Eine Partei (die CDU), die im entscheidenden Maße von der Großwirtschaft unterstützt wird, hat zwangsläufig keine Möglichkeit, sich gegen ihre Wohltäter zu wenden".

Aber auch diese Feststellung über die Existenz und Wirksamkeit der großindustriellen CDU-Wohltäter vermag den KAB-Spitzenfunktionären nichts zu sagen. Sie kompensieren ihr Unbehagen über das den realen gesellschaftlichen Verhältnissen gerecht werdende SPD-Programm nun mit

einer neuen Überbetonung des "Christlich-Sozialen", obwohl sie wissen, dass unter diesem Motto jene bisherige Politik der CDU gestanden hat, die selbst nach KAB-Auffassung von der Gerechtigkeit weit entfernt ist. Damit aber die katholischen Arbeiter aus diesem offensichtlichen Widerspruch zwischen Worten und Taten ihrer Politik-Funktionäre nicht etwa jene Konsequenzen ziehen, die sie dann zu SPD-Wählern machen müssten, hat die KAB eine breit angelegte Agitation gegen das SPD-Grundsatzprogramm entfacht.

So hatte die westdeutsche KAB auf der internen Jahreskonferenz ihrer Diözesanpräsidien und Sekretäre "im Brennpunkt der Erörterungen" ein Referat des Jesuitenpeters Prof. Dr. Wallraff stehen, das sich mit dem Godesberger Programm der SPD beschäftigte. Wohl gab Wallraff zu - so war es im KAB-Organ "Ketteler-Wacht" zu lesen - "dass die Unterscheidung zwischen einem christlich-sozial orientierten und dem sozialdemokratischen Programm feiner geworden sei", aber er legte sofort die neue Marschroute der KAB fest, indem er es als ihre Aufgabe bezeichnete, die "Unterschiede in das Bewusstsein zu heben, ein bewusst christlich-soziales Programm zu entwickeln und die öffentliche Meinung im Sinne christlich-sozialer Ideen zu beeinflussen."

Wie die KAB ihren Mitgliedern solche Unterschiede deutlich macht, um sie der CDU als treue Wähler zu erhalten, exerzierte KAB-Diözesanpräses Werten auf dem Bezirksverbandstag der Botroper KAB vor. Zitieren wir nochmals die "Ketteler Wacht":

"In seinem Schlusswort verglich Prälat Mertens das neue Grundsatzzprogramm der SPD mit einem Christbaum. Zuerst erscheine alles voller Gold, Licht und Silber. Aber nach einiger Zeit bliebe nichts anderes übrig als darrtes und morsches Geäst, dem aller Glanz fehle."

Entkleidet man diese Formulierung des Prälaten ihres rhetorischen Glanzes, dann bleibt in der Tat nichts anderes übrig, als dürre und morsche Worte, die nichts von einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Grundsatzzprogramm erkennen lassen.

Ob aber solche hausbrecherischen Methoden auf die Dauer ausreichen, um den sachlichen Grundgehalt des neuen SPD-Programms vor der Öffentlichkeit herabzusetzen, muss füglich bezweifelt werden. Die "Werkshefte Katholischer Laien" waren deshalb auch nüchtern genug, das grosse Unbehagen in der CDU realistisch zu interpretieren: "Die CDU hat bekanntlich kein Programm... So kann in der Bundesrepublik heute leider niemand Programm mit Programm vergleichen, um die Unterschiede herauszustellen und sich für das Bessere zu entscheiden. Über das SPD-Programm heisst es aber dann weiter: "Es ist ein Programm für jeden, der Demokratie, Freiheit und soziale Verantwortung bejaht." + + +  
Verantwortlich: Günter Markscheffel